Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Textteil 1.40 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 25 — 43. Jahrgang × — Mit der Beilage „Junge Kolonnen" — Mittwoch, 30 Januar 1935

Zwei Jahre nach dem Durchbruch

Die sowjetrussische Fernostpolitik – Frankreich wehrt sich gegen die Emigranten – Das Programm für Görings Besuch in Dresden

Erneuerung überall

Die Gestaltung des deutschen Rechts – Aufgaben der Arbeitsfront

NSK. **Berlin**, 29. Januar

Aus Anlaß der Wiederkehr des Revolutionstages hatten Mitarbeiter der NSK. Unterredungen mit mehreren führenden Persönlichkeiten, denen u. a. die Frage vorgelegt wurde, welche Probleme sie gegenwärtig am stärksten beschäftigen. Der Leiter der Akademie für deutsches Recht,

Reichsminister Dr. Frank

erklärte u. a.: Im Vordergrund meines Werkes steht der mir vom Führer gegebene Auftrag, die Rechtsreform ohne eigentliche Beschränkung auf die Justiz nationalsozialistisch zu überwachen. Mein Interesse gilt gegenwärtig vornehmlich dem Ausbau des deutschen Strafrechtes. Der amtliche Ausschuß hat mir nunmehr seinen Entwurf zugestellt, der aber noch wesentliche Aenderungen bedarf, die in Zusammenarbeit mit der Akademie für deutsches Recht erfolgen müssen. Weiter sagte Dr. Frank, auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes stehe im Mittelpunkt des Interesses die

Reform des Ehescheidungsrechts.

Dr. Frank beleuchtete kurz das Kernproblem, ob es im nationalsozialistischen Sinne tragbar sei, eine völlig zerrüttete Ehe ohne Verschulden zu scheiden, mit andern Worten an die Stelle des reinen Schuldprinzips das objektive Eheaufhebungsprinzip zu setzen: „Diese Frage ist dann besonders schwierig, wenn Kinder in der Ehe vorhanden sind. Der nationalsozialistische Staat ist ein Staat des Volkes; er hat daher ein Interesse an der Fruchtbarkeit der Ehe und an der weitgehenden Sicherung des Mutter- und des Kinderrechts. Zuerst steht daher die unbedingte Pflicht der Eltern, für die Kinder zu sorgen. Diese Pflicht stellt stets einen hervorragenden Gesichtspunkt für die Aufrechterhaltung der Ehe im Interesse der Volksgemeinschaft dar. Verwandt mit diesem Problem ist die Frage nach dem

Recht des unehelichen Kindes.

Die nationalsozialistische Regierung erstrebt einen sorgfältigen Ausgleich in dieser Frage. Sie sieht die Ehe als grundlegende natürliche Einrichtung der Volksgemeinschaft an, die es zu sichern und auszubauen gilt. Unter Umständen aber hat die uneheliche Mutter für ihre Mutterschaft, die meist der Liebe entsprungen ist, sehr schwer leiden müssen. Ethisch gesehen ist die Mutterschaft schlechthin als ein Fundament der Gemeinschaft zu betrachten, so hat auch die uneheliche Mutter Anspruch auf besonderen Schutz." Zum Schluß betonte Dr. Frank, er betrachte sich nicht nur als Repräsentanten des Justizgedankens, sondern vor allem des Volkes, als Repräsentanten des deutschen Volkes gegenüber der Justiz.

Reichsminister Dr. Gürtner

erklärte u. a.: Wir haben den Mut, das Reich von Grund auf zu erneuern. Das erfordert Zeit und ernste Arbeit. Das Problem der Vereinheitlichung der Justiz im Rahmen der gesamten Reichsreform seiner endgültigen Lösung entgegenzuführen, wird meine erste Aufgabe im Jahre 1935 sein. Organisatorische Maßnahmen sind wichtig zur Erzielung sachlicher Höchstleistungen. Selbstzweck können und dürfen sie nicht sein. Auch die Aenderung der Organisation der Rechtspflege darf nicht für sich allein betrachtet werden. Sie ist in Verbindung zu bringen mit der zweiten großen Aufgabe, die der Führer uns gestellt hat, der

Erneuerung des gesamten Rechts

auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung. Greifbare Ergebnisse liegen bereits vor. Es ist damit zu rechnen, daß auf einer Reihe von Rechtsgebieten, die in das Leben der Volksgenossen besonders tief eingreifen, schon in nächster Zeit grundlegend neue Gesetzentwürfe vorgelegt werden können. Wichtiger als die äußeren organisatorischen Maßnahmen und als alle gesetzgeberische Arbeit ist der Geist, der die Träger der Justiz beseelt. Hier setzt die dritte große Aufgabe ein, die uns noch während vieler Jahre beschäftigen wird: die Pflicht zur fortwährenden Erziehung der Rechtswahrer aller Grade zu lebendigen Trägern der neuen Weltanschauung, so wie der Führer und Kanzler sie uns vorlebt.

Dr. Robert Ley,

der Reichsorganisationsleiter der NSDAP., führte aus: Meine Mitarbeiter in der Arbeitsfront und ich sehen im Jahre 1935 eine unsrer dringlichsten Aufgaben darin, die Organisation der Deutschen Arbeitsfront von allen Schlacken und von allen Ueberresten, die aus der Zeit der alten Verbände hier und da noch bestehen, zu säubern. Darüber hinaus werden wir den Aufbau der Arbeitsfront nach den organisatorischen Gesichtspunkten: Außenämter, Zentralämter und Verwaltung klar abzugrenzen und den Einfluß der Partei über ihre Hauptämter NS.-Hago und NSBO. so zu verankern wissen, daß ihr Einfluß für alle Zeiten unantastbar gewährleistet bleibt. Neben diesen organisatorischen Maßnahmen wird selbstverständlich dauernd die weltanschauliche Schulung, vor allem die Formung der Gemeinschaft, vornehmstes Ziel unsres Schaffens sein. Ich glaube übrigens kaum, daß es wirklich noch nennenswerte Volksteile gibt, die den Sinn einer innigen Gemeinschaft aller deutschen Menschen etwa nicht zu erkennen vermöchten. Zur konsequenten Formung dieser Gemeinschaft gehört auch jene engste Zusammenarbeit zwischen der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeitsfront, die mit mir und meinen Mitarbeitern in der Arbeitsfront alle zuständigen Stellen in Partei und Staat für nötig halten.

Am 30. Januar 1933 in Berlin: Viele Tausende jubeln dem Führer zu

Die Betriebsappelle am 30. Januar

× **Berlin**, 29. Januar

Amtlich wird mitgeteilt: Soweit am 30. Januar 1935 Betriebsappelle abgehalten werden, sollen sie, um Erhöhung der Betriebskosten zu vermeiden, in den Betriebsräumen oder vor oder nach der Arbeitszeit stattfinden.

Zum sechsten Male beschlußunfähig

Die Willkürherrschaft in Memel

× **Kowno**, 29. Januar

In Memel sollte am Montag wieder eine Landtagssitzung stattfinden. Von den 24 von der Wahlprüfungskommission anerkannten Abgeordneten waren nur 16 erschienen. Es fehlten die fünf Abgeordneten der litauischen Fraktion und zwei andre, von denen man nicht weiß, ob sie krank oder sonstwie behindert waren. Der Gouverneur war wieder bei der Sitzung anwesend. Vor Beginn ließ der Gouverneur an den Schriftführer des Landtages, Riechert, die Frage stellen, ob der Landtag beschlußfähig sei. Dieser lehnte es jedoch ab, vor Eröffnung der Sitzung dazu Stellung zu nehmen, erklärte aber gleichzeitig, daß nur 16 Abgeordnete anwesend seien. Der Gouverneur ließ darauf die Eröffnung gar nicht zu.

Der Abgeordnete Riechert verlas eine von sämtlichen memelländischen Parteien unterzeichnete Erklärung, in der auf das schärfste dagegen protestiert wird, daß, um das unausbleibliche Mißtrauensvotum gegen das verfassungswidrig eingesetzte Direktorium Brunvelaitis zu verhindern, den rechtmäßig nachrückenden Abgeordneten die Ausübung des Mandats verboten und der Landtag künstlich beschlußunfähig gemacht wird. Es war das sechste Mal, daß der Landtag auf diese Weise vergewaltigt wurde. Auch diesmal wurde der Saal von Polizei auf Weisung des Gouverneurs geräumt.

Ein Volk, ein Reich

Schon zwei Jahre? Erst zwei Jahre? — Noch steht der 30. Januar 1933, an dem Hindenburg das Geschicke Deutschlands in die Hände Adolf Hitlers legte, in seinem ganzen bewegten Geschehen klar vor unsern Augen. Aber zugleich sehen wir die Riesenfülle von Arbeit und Leistung, die die Zeit seit jenem Tage einschließt, zugleich dringt es wieder in unser Bewußtsein, daß alles seitdem anders und neu geworden ist. In nur zwei Jahren! In diesen beiden Jahren haben wir mehr erlebt als andre Generationen in Jahrzehnten. Gibt es überhaupt Vergleiche? Wir wollen nicht überheblich sein. Wagen wir ruhig auch einmal den Versuch, mit den Maßstäben des wägenden Historikers unsre Zeit zu werten! Aber auch dann, und dann sogar erst recht, kehren wir zu der Feststellung zurück: Wir sind Zeugen eines weltgeschichtlichen Umschwungs, wir sind Zuschauer und auch Mitgestalter einer neuen Zeit.

•

Der 30. Januar 1933 steht am Beginn der neuen Zeit. Er ist der Tag des Durchbruchs der nationalsozialistischen, der deutschen Revolution. Doch dieser Tag beschränkt seine Bedeutung nicht auf Deutschland allein. Die deutsche Revolution hat die ganze Welt beeinflußt. Stärker, als die Welt selbst es zugeben will. Stärker, als es die meisten der auf den politischen Bühnen Stehenden selbst wissen. Viele glauben noch, aus eigenem Streben und Willen heraus zu handeln, und doch beherrscht sie schon unentrinnbar ein Zwang, der ausstrahlt von dem gewaltig gewachsenen deutschen Kraftzentrum.

Ueberall regen sich junge, aus alten Anschauungen machtvoll herausdrängende Bewegungen. Und Greise nur sind es, die noch mit ihrer Ueberzeugung in der Verteidigung kämpfen. Die Frage nach dem Kommenden erhebt sich in allen Ländern und Völkern. Wir wollen ihnen nicht hineinreden. Wir begnügen uns damit, zu fragen: Wie stellt ihr euch zu uns? Auch heute noch gibt sich draußen die Gegnerschaft gegen Deutschland lauter kund als eine sympathische oder auch nur die Tatsachen kühl als Tatsachen würdigende Betrachtungsweise. Aber jedermann weiß auch: auf die Dauer läßt sich damit praktisch nichts anfangen. Reisen und Konferenzen und noch so kunstvoll erdachte Paktpläne sind ein müßiger Zeitvertreib, solange ihnen allen der Faktor des gleichberechtigten Deutschland fehlt. Allmählich ist die Einsicht gekommen, und nun fragt man sich, wie man, ohne allzu sichtbar an „Prestige" zu verlieren, die Folgerungen daraus ziehen soll. Vor zwei Jahren noch dachte niemand daran ...

•

Nach diesen beiden Jahren können wir feststellen, daß der außenpolitische Programmpunkt der Wiedererringung von Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung seiner Verwirklichung entgegengeht. Im Innern sind wir noch viel weiter vorangekommen. Hier sehen wir schon Erfüllung, wo vor zwei Jahren erst die Hoffnung, aber auch noch Mißtrauen und offene Feindschaft standen. Erinnern wir uns doch! Das war nicht in ferner Vorzeit, nein, das war noch im Januar 1933 so: Es gab kein einheitliches deutsches Volk; in zahllose Parteiungen, die sich mit Haß und Verachtung, mit Schimpf und Dolch und Revolver bekriegten, war es zerrissen; der Klassenkampf tobte, Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsprogramme liefen gegeneinander Sturm, und von Tag zu Tag wurde das Elendsheer der Arbeitslosen größer; was sich als „deutsche Kultur" frech anpries, kam aus von fremden Händen bestelltem Sumpfgelände und war Verderbnis und Gift.

Nirgends Gemeinsamkeiten, überall Zersetzung und Gegensätze. Wer hatte der Bewegung Adolf Hitlers noch etwas entgegenzustellen? Die einen hingen ihr in bedingungslosem Glauben an, — die andern aber, denen der Glaube fehlte, standen in Resignation, ohne selbst einen Weg zu sehen, beteiligten sich nicht mit dem Mut der Verzweiflung für ihre doch schon als verloren erkannte Sache kämpften. Es waren noch Millionen, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 — fünf Wochen nach dem 30. Januar! — marxistische Stimmzettel abgaben, es waren noch viele Hunderttausende, die „bürgerlich" stimmten. Mehrere Monate lang noch fristeten die Parteien, bürgerliche und marxistische, ihr Leben. In der Nacht nach dem 30. Januar, auch in den folgenden Wochen noch verblutete Kämpfer Adolf Hitlers unter dem Mordstahl der Kommune. Der Reichstagsbrand stand noch bevor!

Noch war es nicht das Volk als Ganzes, das bewußt in die neue Zeit schritt. Und dann kam der an ein Wunder erinnernde urgewaltige Wandel. Der 12. November 1933 bewies, daß sich das deutsche Volk nun doch geschlossen hinter dem Führer gesam-

SLUB
Wir führen Wissen.